

# Rechtsextremismus in Deutschland: Gefährdungspotentiale, Ideologie, Erscheinungsformen

*Thorsten Winkelmann*

## **Zusammenfassung**

Der vorliegende Beitrag arbeitet zunächst die Merkmale der rechtsextremen Ideologie heraus, die zwar eine geschlossene Weltanschauung bereithält, aber offen gegenüber Veränderungen ist. Es folgt die Darstellung des parteiförmigen Rechtsextremismus vor und nach 1990. Der dritte Teil widmet sich dem nichtparteförmigen Extremismus, der ganz unterschiedliche Erscheinungsformen vereint, weitgehend ohne organisatorische Strukturen auskommt und für einen Großteil der rechtsextremistischen Straftaten verantwortlich ist. Die Ausführungen unterstreichen, dass es dem Rechtsextremismus gelungen ist, in die jugendliche Subkultur einzuziehen. Gemeinsamkeiten dieses mehrheitlich erlebnis- bzw. eventorientierten Rechtsextremismus werden über szenetypische Musik und Kleidung vor allem via Internet vermittelt. Wohin rechtsextremistisches Gedankengut und das einschlägige Milieu Jugendliche führen können, zeigt die erschreckende Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), dem ein eigener Abschnitt gewidmet ist. Welche allgemeinen Gefährdungspotenziale der Rechtsextremismus aufweist und welche Entwicklungen künftig zu erwarten sind, wird abschließend bilanziert.

## 1. Ideologie

Obschon unterschiedliche Phänomene, inhaltlich-programmatische Ausrichtungen und verschiedene Organisationsformen unter dem Begriff Rechtsextremismus<sup>1</sup> subsumiert werden und daher eine einheitliche Definition schwierig ist, gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Zunächst handelt es sich beim Rechtsextremismus um eine Ideologie, welche die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates einschließlich Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und den in Artikeln 1 bis 20 GG normierten Grund-



**Dr. Thorsten Winkelmann**

Institut für Politische Wissenschaft  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

rechten entweder teilweise oder vollständig ablehnt. Mit Abstufungen negieren sämtliche Formen des Rechtsextremismus das Prinzip der menschlichen Gleichheit.<sup>2</sup> Anstelle gleicher Rechte für alle Mitglieder des Gemeinwesens wird eine nach Herkunft, Abstammung, ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit differenzierende politische Ordnung entworfen, in der eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft ohne Pluralismus und Parteienkonkurrenz von einem starken Führer respektive einer Einheitspartei regiert wird. Volk und Staat verschmelzen, während soziale und politische Konflikte im Rahmen eines autoritären Etatismus naturalisiert werden. Minderheiten, seien sie ethnisch, religiös, kulturell oder aufgrund sexueller Orientierung, haben hier keinen Platz. Stattdessen wird eine notfalls mit Gewalt durchzusetzende soziale, psychische und physische Ausgrenzung („Minuszwanderung“) befürwortet, wovon im Falle der Durchführung Millionen Menschen mit deutschem Pass betroffen wären.<sup>3</sup>

Begründet werden diese Ausgrenzungen wahlweise mit „kulturellen“ Unterschieden oder – in extremer Form – mit „natürlichen“ Hierarchien, weshalb mit rechtsextremen Einstellungen immer Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einhergehen.<sup>4</sup> Dieses Verständnis blendet einerseits die vor allem aus Aufklärung und Christentum resultierende Annahme der Gleichheit aller Menschen aus, andererseits führt die Politisierung vermeintlicher sozialer, ethnischer und kultureller Hierarchien direkt in einen Überlebenskampf. Um sich in dieser Auseinandersetzung durchzusetzen, bedürfe es einer (neuen) Elite, woraus der für den Rechtsextremismus typische Führerkult resultiert. Andernfalls drohe der eigene Untergang. Diesem gehe eine Degeneration der eigenen Rasse und/oder Kultur voraus, wodurch eine „Umvolkung“ drohe. Antisemitismus hat hier eine seiner Wurzeln.<sup>5</sup> Der rechte Antisemitismus artikuliert sich auf unterschiedliche Weise. Das Handlungsrepertoire reicht von der Leugnung des Holocaust über Schändungen jüdischer Einrichtungen, offene Sympathien für und Zusammenarbeit mit Islamisten bis zu Phantasien einer „jüdischen Weltverschwörung“. Handlungsleitende Feindbilder passen sich gleichwohl flexibel an situative „Gefährdungen“ bzw. diffuse Ängste wie vor dem Islam, EU-Bürokraten, Migranten, Flüchtlingen usw. an.<sup>6</sup> Als – vermeintlich – größte Bedrohung des deutschen Volkes weicht der Antisemitismus zunehmend einem dezidierten Antiislamismus.

Seit geraumer Zeit schwingt sich das rechtsextreme Spektrum zum „Rächer der sozial Benachteiligten“ und zum „Kämpfer gegen Globalisierung, Kapitalismus und Imperialismus“ auf. Hieraus resultieren mindestens zweierlei Konsequenzen:

- Erstens sollen aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs als Folge von Internationalisierung und Globalisierung von Wirtschaft und Handel die sozialen Sicherungssysteme ausschließlich dem ethnisch definierten „Volkskörper“ zu Gute kommen. Mit dieser sozialdarwinistischen Ausrichtung besteht die in einigen EU-Ländern bereits Realität gewordene Gefahr, dass in wirtschaftlichen Krisenzeiten „Menschen ihre Hoffnungen auf autoritäre, demokratiefeindliche Scheinlösungen richten“<sup>7</sup>.
- Zweitens reanimiert der gegenwärtige Rechtsextremismus seine Traditionen, denn neben seinen heimattümelnden, völkischen und naturverbundenen Facetten hatte er stets – etwa in Form des *Nationalsozialismus* – eine antikapitalistische Ausrichtung. Nicht nur seine zulasten des Individuums gehende Überbetonung des Kollektivs zeigt eine spezifische Wesensverwandtschaft zum linksextremistischen Spektrum, sondern auch der damit einhergehende Antiamerikanismus.

Während im Inneren Minderheiten angeblich den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft bedrohen und wahlweise als „Eindringlinge“, „Fremde“ oder „Schmarotzer“ gelten, existieren äußere Feinde, welche die als überlegen angesehene eigene Nation be-

drohen. Rechtsextremismus geht daher immer mit einem übersteigerten Nationalismus einher.<sup>8</sup> Konzeptionell sind mit diesen festgefügteten Freund-Feind-Kategorien, die durch gruppenspezifische Stereotypisierungen entstehen, unterschiedliche Konsequenzen verbunden: Das eigene Weltbild wird absolut gesetzt, abweichende Vorstellungen werden hingegen geächtet. In einem solchen geschlossenen Überzeugungssystem werden komplexe Zusammenhänge, mithin Ambivalenzen „gelöst“. Das „Wir“ im Sinne einer kollektiven Identität entsteht durch Abgrenzung und Abschottung nach außen sowie durch geschichtspolitische Narrative. Geschichte bzw. das, was man dafür hält, wird zur Legitimation des eigenen Handelns genutzt und erhält damit eine instrumentelle Funktion für gegenwarts- und zukunftsbezogene Zwecke. Historische Fakten werden zugunsten geschichtspolitischer Narrationen aufgegeben – Rituale aus heidnischer Vorzeit erleben dadurch genauso eine Auferstehung wie die angeblich heroischen Kämpfe der Germanen.

Da diverse Feindgruppen existieren und eine rechtsstaatlichen Prinzipien gehorchende Verständigung unmöglich ist, erscheinen militante Aktionen erforderlich, die nahezu ausschließlich vom nichtpartei förmigen Rechtsextremismus getragen werden.<sup>9</sup> Charakteristisch für dieses Spektrum sind daher immer seine grundsätzliche Gewaltaffinität und seine aktive Gewaltbereitschaft. Deswegen wird zur Durchsetzung eigener politischer Ziele weniger die Arbeit in den Parlamenten gesucht, sondern üblicherweise die gewaltsame Konfrontation auf der Straße. Zur Steigerung der Schlagkraft und des inneren Zusammenhalts schließt man sich zumeist in (para-)militärisch organisierten Gruppen zusammen. Hieraus erklärt sich u.a. die Anziehungskraft von Waffen und Uniformen.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Gefährdungswahrnehmungen? Rechtsextremisten sehen sich als Vorkämpfer einer neuen, „völkischen“ Ordnung. Zugleich fühlt sich diese Avantgarde politisch verfolgt – sowohl individuell als auch als „weiße“ Rasse. Ferner identifiziert die politische Psychologie im Wertehaushalt rechtsextremer Personen bestimmte Eigenschaften, u.a. autoritäre Unterwürfigkeit und Verlangen nach Führerschaft, Aggressionsbereitschaft vor allem gegenüber Minderheiten, Rigidität im Denken, Stereotypisierungen, Überbetonung von Männlichkeit. Überdies teilen sämtliche Rechtsradikale bestimmte Kernüberzeugungen wie etwa ein pessimistisches Weltbild, das Gefühl der Bedrohung der eigenen Lebenssituation durch äußere Feinde, eine geringe Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem bzw. Vorurteile gegenüber Fremden. Diese Merkmale kumulieren in einem reaktionären Menschenbild.<sup>10</sup>

Zusammenfassend stellt der Rechtsextremismus eine menschenverachtende Ideologie dar, mit dem eigenen Volk als zentralem Bezugspunkt. Volk wird hier als Gemeinschaft von Gleichartigkeit verstanden, und diese Gleichartigkeit fußt auf einer angeblich gemeinsamen Abstammung, Geschichte und gemeinsam geteilten Traditionen. All jene, die diese Kriterien nicht erfüllen, werden als minderwertig und unerwünscht angesehen. Wesentliche Merkmale der rechtsextremen Weltanschauung sind damit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und das Denken in Freund-Feind-Kategorien. Ein derartiger ideologischer Überbau begründet und rechtfertigt selbst Gewalthandlungen.

## 2. Partei förmiger Rechtsextremismus vor und nach 1990

Hierzulande verlief die Entwicklung des partei förmigen Rechtsextremismus von 1949 bis 1990 in drei Wellen.<sup>11</sup> Nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 verboten die alliierten Siegermächte alle NS-Organisationen, weshalb sich

zunächst keine Nachfolgeparteien der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) entwickeln konnten. Ergänzend hierzu sollte ein umfassendes Programm zur Entnazifizierung und Demokratisierung die deutsche Gesellschaft, Wirtschaft und Politik von allen Einflüssen des Militarismus, Rassismus und übersteigertem Nationalismus befreien. Indes verhinderten der aufziehende Ost-West-Konflikt sowie alte Seilschaften eine umfassende juristische wie moralische Aufarbeitung der Vergangenheit.

Obschon die Westalliierten die Zulassung von politischen Parteien streng reglementierten, sammelten sich ehemalige Mitglieder der NSDAP, rechtsgerichtete Kreise, konservative Monarchisten und andere Kräfte in der 1949 gegründeten „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP), die bei den Landtagswahlen 1951 in Niedersachsen (elf Prozent) und Bremen (7,7 Prozent) kurzfristig Erfolge erzielen konnte. Da ein „reformierter“ Nationalsozialismus eine rassistische wie völkische Ideologie beinhaltete und nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kompatibel war, beantragte die Bundesregierung im selben Jahr ein Verbot der SRP. Im Oktober 1952 stellte das Bundesverfassungsgericht deren verfassungswidrigen Charakter fest und verbot die Partei einschließlich ihrer Ersatzorganisationen – kurz, nachdem diese sich (in Erwartung des Urteils) selbst auflöste.

In der Folgezeit scheiterten Versuche, das rechtsextremistische Lager anderweitig parteiförmig zu organisieren. Das Wirtschaftswunder, die von Konrad Adenauer forcierte Westbindung mit antikommunistischer Stoßrichtung und die Integration breiter Wählerschichten in die junge Bundesrepublik verringerten die Wahlchancen rechter bzw. rechtsextremistischer Splitterparteien. Eine wirksame institutionelle Barriere gegenüber diesen Gruppierungen bildete die 1953 für den Bundestag eingeführte Fünf-Prozent-Hürde. Infolgedessen breitete sich ab Anfang der 1950er-Jahre der Rechtsextremismus vermehrt im vorpolitischen Raum aus. Diverse Kulturorganisationen, Medien, Verlage und Zeitschriften entstanden, welche die Verbrechen des NS-Regimes relativierten bzw. verharmlosten sowie über den heldenhaften Kampf deutscher Landser berichteten – indes ohne nennenswerte Resonanz innerhalb der Bevölkerung.

Um die zersplitterten rechtsextremistischen Kräfte neu zu organisieren, wurde Mitte der 1960er-Jahre die „Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NPD) gegründet und damit eine neue Etappe in der Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland eingeleitet.<sup>12</sup> Mehrere Faktoren begünstigten den Aufstieg der Partei: Die sich radikalisierende linke Studentenbewegung löste eine gesellschaftliche Gegenreaktion am rechten Rand aus. Durch die erste Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger (1966-69) erodierte sukzessive das Parteienspektrum. Bis dahin hatte es die Union (CDU/CSU) erfolgreich geschafft, Parteien rechts von sich zu verhindern oder einzubinden. Zur allgemeinen Verunsicherung trug ebenfalls die erste Nachkriegsrezession bei, die vermehrt Ängste vor ausbleibendem Wohlstand schürte. Ferner wurde die dauerhafte Migration von Gastarbeitern und deren Familien zum Gegenstand der Propaganda.

Die Themen „innere Sicherheit“, „wirtschaftliche Verwerfungen“ und „Migration“ griff die in den Anfangsjahren noch moderat nach außen auftretende NPD auf. Verbale Mäßigung und Distanz zur nationalsozialistischen Vergangenheit sollten neue Wähler erschließen – zunächst mit einigem Erfolg: Ende der 1960er-Jahre zog die NPD in sieben Landtage ein, wie in Baden-Württemberg (9,8 Prozent), Bremen (8,8 Prozent), Hessen (7,9 Prozent), Bayern (7,4 Prozent), scheiterte aber bei der Bundestagswahl 1969 knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Innerparteiliche Querelen hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung, Führungsstreitigkeiten und Parteiaustritte leitender Funktionäre des nationalkonservativen Flügels sowie die einsetzende gesellschaftliche Ächtung bedeuteten den elektoralen Abstieg dieser Partei, der sich auch in den Mitgliederzahlen niederschlug.

Die dritte Welle setzte mit dem Niedergang der NPD und der anschließenden Fragmentierung im rechtsextremistischen Spektrum ein. Da sich CDU und CSU in der Opposition ab 1969 verstärkt nach rechts orientieren und zunächst konfrontativ den Vorhaben der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt begegneten (Ostpolitik, Bildungspolitik), trocknete sukzessive das Wählerpotenzial der NPD auf Bundes- wie auf Landesebene aus. Zudem wandten sich vor allem junge Rechtsextreme gegen das „bürgerliche“ Erscheinungsbild der „systemkonformen“ NPD und ihrer legislativ-parlamentarischen Strategie, wodurch sich die Szene radikalisierte und es zur Gründung etwa der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, der von Michael Kühnen geleiteten „Wehrsportgruppe“ oder der „Gesinnungsgemeinschaft der Nationalen Front“ nach Vorbild der SA kam.

Von solchen Erscheinungsformen distanzierte sich der autoritär-deutschnationale Teil der rechtsextremen Bewegung. Er fand seine Heimat in der von dem Verleger Gerhard Frey 1971 zunächst als Verein und 1987 als Partei gegründeten „Deutschen Volksunion“ (DVU). Frey gelang es, seine Leser der „Deutschen National-Zeitung“ parteiförmig zu organisieren – auch wenn die DVU immer eine Phantompartei blieb. Gemäßigte Kräfte des rechten Lagers fanden in der Partei „Die Republikaner“ (REP) ihre Heimat. Der 1983 von Franz Josef Strauß mit herbeigeführte „Milliardenkredit“ für die bankrotte DDR begünstigte die Gründung der REP, werteten doch konservative Kreise dies als Abkehr von elementaren deutschlandpolitischen Grundsätzen der CSU. Die REP profitierte ferner vom Ausbleiben der von Helmut Kohl ausgerufenen „geistig-moralischen Wende“ sowie von den Zugeständnissen an den liberalen Koalitionspartner in Bonn. In den Anfangsjahren waren die Republikaner bemüht, radikale Positionen zu vermeiden und sich stattdessen als national-konservative, moderate Alternative, als Sammelbecken politisch Enttäuschter zu präsentieren. Diese Positionierung konnte wegen der anhaltenden Flügelkämpfe innerhalb der REP auf Dauer nicht aufrechterhalten werden – auch wenn die Partei bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1989 aus dem Stand 7,5 Prozent der Stimmen erzielte oder zur Europawahl am 18. Juni 1989 unter dem Motto „Europa ja – diese EG nein“ 7,1 Prozent der Stimmen errang.

An die „Erfolge“ konnte der parteiförmige Rechtsextremismus nach 1990 nur vereinzelt anknüpfen. Wie die Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1990 (Tabelle 1) zeigen, spielen sie auf nationaler Ebene eine zu vernachlässigende Rolle. Insgesamt kommt das rechtsextreme Parteispektrum über die Bedeutungslosigkeit nicht hinaus, obschon die für die Parteienfinanzierung wichtige Marke von 0,5 Prozent einige Male überschritten wurde. Während sich die Republikaner kontinuierlich im Abwärtstrend befinden und die DVU 2009 nur 0,1 Prozent der Zweitstimmen erreicht hatte, bevor sie 2011 mit der NPD fusionierte, gelang es den „Nationaldemokraten“, ihre vergleichsweise hohen Wahlergebnisse ab 2005 weitgehend zu stabilisieren. Die Hochburgen der NPD liegen vor allem in den östlichen Bundesländern.

*Tabelle 1:* Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei den Bundestagswahlen 1990-2017 (in Prozent)

	1990	1994	1998	2002	2005	2009	2013	2017
NPD	0,3	---	0,3	0,4	1,6	1,5	1,3	0,4
DVU	---	---	1,2	---	---	0,1	---	---
REP	2,1	1,9	1,8	0,6	0,6	0,4	0,2	---
pro Deutschland	---	---	---	---	---	---	0,2	---
Aggregiert	2,4	1,9	3,3	1,0	2,2	2,0	1,7	0,4

Quelle: Amtliche Wahlstatistik.

Während rechtsextreme Parteien bei Bundestagswahlen nicht annähernd die Fünf-Prozent-Hürde erreichten, schneiden sie bei Europa- und Landtagswahlen (Tabelle 2 und 3) besser ab. Dies hängt vorrangig mit der niedrigeren Wahlbeteiligung bei diesen Wahlen zusammen. Anhänger kleinerer Parteien können dadurch einen überproportionalen Einfluss ausüben und sind daher stärker motiviert, ihre Stimme abzugeben. Ferner sind die Wähler bei diesen vermeintlichen Nebenwahlen eher bereit, ihre Stimme den nicht etablierten Kräften zu geben. Wie die Wahlerfolge zu den Europawahlen im zeitlichen Verlauf dokumentieren, zogen die Republikaner 1989 erstmalig im damals noch geteilten Deutschland mit sechs Abgeordneten ins Europäische Parlament ein. Erst 15 Jahre später und begünstigt durch den Wegfall der vom Bundesverfassungsgericht am 26. Februar 2014 gekippten Sperrklausel schaffte es die NPD mit einem Abgeordneten ins Europaparlament. Die rechtsextremistische „Bürgerbewegung pro NRW“ ging mit 52.649 Stimmen und damit 0,2 Prozent leer aus.

Tabelle 2: Europawahlen (Angaben in Prozent)

	1989	1994	1999	2004	2009	2014
NPD	---	0,2	0,4	0,9	---	1,0
DVU	1,6	---	---	---	0,4	---
REP	7,9	3,9	1,7	1,9	1,3	0,4
pro NRW	---	---	---	---	---	0,2
Aggregiert	9,5	4,1	2,1	2,8	1,7	1,6

Quelle: Amtliche Wahlstatistik.

Nach der Wiedervereinigung 1990 konnten die von den Verfassungsschutzbehörden als rechtsextremistisch eingestuft Parteien NPD, DVU und die Republikaner in mehrere Landtage einziehen. Neben den frühen Wahlerfolgen in Bremen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg fallen dabei besonders die Ergebnisse in den östlichen Bundesländern ins Auge. Auch wenn die NPD bei den Landtagswahlen 2014 den Einzug in Sachsen wie Brandenburg verpasste und derzeit (Stand: Oktober 2018) in keinem Landtag mehr vertreten ist, verfügt sie in den östlichen Bundesländern über vitale lokale Strukturen und über enge Kontakte zum nicht parteilich organisierten Spektrum.<sup>13</sup> Vormalige Wahlerfolge etwa in Sachsen, wo die NPD 2004 9,2 Prozent und damit fast genauso viele Stimmen wie die SPD (9,8 Prozent) erreichte, waren neben der guten Parteiorganisation und der in einigen Regionen ausgeprägten sozialen Verankerung vor allem auf die aggressive Kampagne gegen „Hartz IV“ zurückzuführen. Die von der Partei geschürten Ängste vor der EU-Osterweiterung trugen ihren Teil dazu bei. Vergleichbare Gründe waren ebenso für den Wahlerfolg der DVU in Brandenburg am gleichen Tag (19. September 2004) verantwortlich.

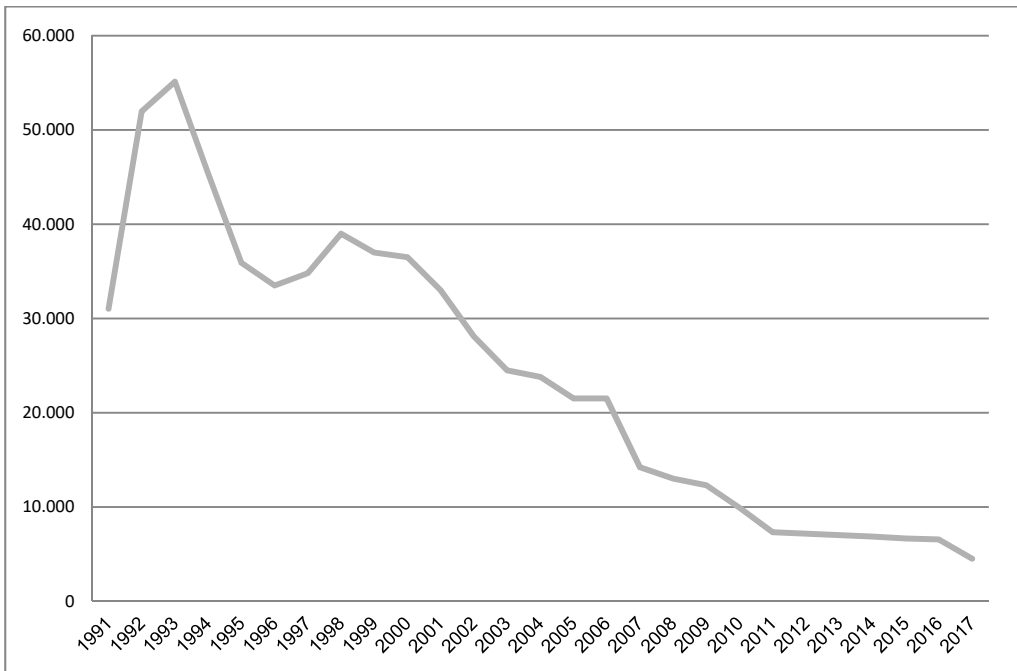
Tabelle 3: Einzug rechtsextremer Parteien seit 1990 in die Landtage (Angaben in Prozent)

NPD	DVU	Republikaner
2004: 9,2 (Sachsen)	1991: 6,2 (Bremen)	1992: 10,9 (Baden-Württemberg)
2006: 7,3 (Mecklenburg-Vorpommern)	1992: 6,3 (Schleswig-Holstein)	1996: 9,1 (Baden-Württemberg)
2009: 5,6 (Sachsen)	1998: 12,9 (Sachsen-Anhalt)	
2011: 6,0 (Mecklenburg-Vorpommern)	1999: 5,3 (Brandenburg)	
	2004: 6,1 (Brandenburg)	

Quelle: Amtliche Wahlstatistik.

Die Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien bei einigen Landtagswahlen können jedoch nicht über die anhaltende strukturelle Schwäche des parteiförmigen Rechtsextremismus hinwegtäuschen, wie die Mitgliederentwicklung im zeitlichen Verlauf deutlich macht (Abbildung 1). Während in der Hochphase im Jahre 1993 alle von den Verfassungsschutzbehörden als rechtsextremistisch eingestuften Parteien noch 55.130 Mitglieder hatten, sind davon (Stand: 2018) nur mehr 6.050 übriggeblieben. Die Parteien organisieren rund 20 Prozent der aktiven Rechtsextremisten.

Abbildung 1: Entwicklung der Mitgliederzahlen in rechtsextremistisch eingestuften Parteien<sup>14</sup>



Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

#### 4. Nichtparteilörmiger Extremismus

Eine trennscharfe Unterscheidung in parteiförmigen und nichtparteilörmigen Rechtsextremismus gestaltet sich in der Praxis problematisch, da es organisatorische, personelle und inhaltlich-konzeptionelle Überschneidungen gibt. So versammeln sich NPD und Neonationalsozialisten (Freie Kräfte) unter dem Mantel „Nationaler Widerstand“, planen gemeinsame Aktionen und treten als Einheit öffentlich in Erscheinung. Die nichtparteilörmig organisierte Szene dient als Sozialisationsinstanz, Wählerpotenzial und Rekrutierungsfeld künftiger Parteigänger und -kader, obschon zwischen Parteien und nichtparteilörmigen Rechtsextremen zum Teil erhebliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Ziele und der richtigen Mittel bestehen. Zugleich herrscht vereinzelt Rivalität bis hin zu offener Feindschaft.

Unterschiede zwischen beiden Formen existieren auch hinsichtlich des äußeren Erscheinungsbildes, der programmatischen Ausrichtung, der Organisation und der Gewaltbereitschaft. So ist der nichtparteiliche Rechtsextremismus vielfach militanter in seinen Forderungen, gewalttätiger in seinen Aktionen und weniger hierarchisch organisiert. Er umfasst so unterschiedliche Organisationsformen wie Bürgerinitiativen gegen Asylbewerber, nach außen harmlos erscheinende Vereine wie die mittlerweile verbotene „Heimattreue Deutsche Jugend e.V.“ und die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG), sich paramilitärisch gebärende Wehrsportgruppen sowie die zwar lose organisierten, dafür umso gewalttätiger auftretenden „Autonomen Nationalisten“.

Die Vielzahl der Untergruppen, Abspaltungen und Neugründungen verhindert eine vollständige Aufzählung. Eine genaue Erfassung wird dadurch erschwert, dass die jugendlichen Subkultur<sup>15</sup> weitgehend ohne organisatorische Strukturen auskommt, erlebnis- bzw. eventorientiert ist und ein gemeinsames Band mehrheitlich über szenetypische Musik, Kleidung und Konzerte und den damit verbundenen Lebensstil schafft.<sup>16</sup> Dieser subkulturelle Rechtsextremismus umfasste 2017 rund 9.200 Personen (2016: 8.500, 2015: 8.200, 2014: 7.200).<sup>17</sup> Hiervon nicht immer klar zu unterscheiden sind Personen aus dem neonazistischen Spektrum. Insbesondere die positive Beurteilung des „Dritten Reiches“, eine Glorifizierung damaliger Handlungen und Handelnder fallen bei dieser 2017 etwa 6.000 Personen (2016: 5.800, 2015: 5.800; 2014: 5.600) umfassenden Gruppe auf. Neonationalsozialisten suchen die Öffentlichkeit etwa bei Demonstrationen oder Kundgebungen. „Gedenkumzüge“ oder „Trauermärsche“ wie anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar erfreuen sich hingegen seit Längerem immer geringerer Beliebtheit, was einerseits auf eine anhaltende Mobilisierungsschwäche, andererseits auf die zahlenmäßig stärkeren Gegenproteste sowie auf die erhebliche Polizeipräsenz zurückzuführen ist.<sup>18</sup> Seit Ende 2014 jedoch, ermuntert und zum Teil gedeckt durch die Massendemonstrationen von Pegida und ihre zahlreichen regionalen wie lokalen Ableger, die sich gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands und die Einwanderungs- und Asylpolitik der Bundesregierung richten, erreichte die rechtsextremistische Demonstrationspolitik einen neuen Höhepunkt.

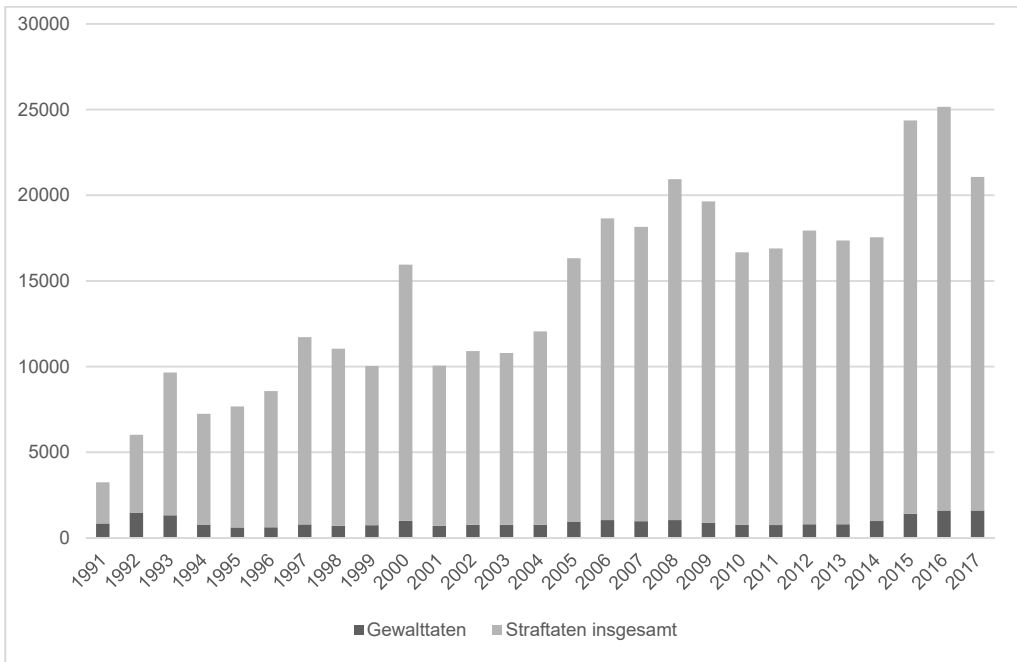
Der schwache Organisationsgrad des nichtparteilichen Rechtsextremismus ist u.a. auf die zahlreichen Verbote entsprechender Vereine und Organisationen zurückzuführen. Gleichwohl wird eine wirksame staatliche Verbotspolitik durch den fluiden Charakter derartiger Gruppen, durch Umbenennungen und Neugründungen konterkariert. Die Konsequenzen aus den Verboten beurteilt der Extremismusforscher Uwe Backes wie folgt: „Die erhoffte dauerhafte Verunsicherung und Schwächung militanter rechtsextremer Szenen [blieb aus, stattdessen ist] eine ungeheure organisatorische Flexibilität“<sup>19</sup> zu beobachten. Verbote seitens der Exekutive bewirken also Ausweich- und Anpassungsreaktionen, ohne die Szene dauerhaft zu reduzieren. Anscheinend ist dem Hass auf Fremde, dem völkischen Denken, der positiven Beurteilung der nationalsozialistischen Vergangenheit usw. nur bedingt mit administrativen Maßnahmen beizukommen.

Typologisch scheint eine Differenzierung des nichtparteilichen Rechtsextremismus in aktionistischer und organisatorischer Hinsicht sinnvoll. Anhänger des aktionistischen Lagers verüben tendenziell spontane Gewaltakte, während die Anhänger organisierter Gruppen zumeist in Wehrsportgruppen den künftigen „Krieg der Rassen“ trainieren. Derartige paramilitärische Vereinigungen lehnen sich an historische Vorbilder wie die SA oder andere faschistische Kampfbünde an, sammeln konspirativ Waf-



fen und proben für den Ernstfall. Aktionistische Gewalthandlungen entstehen aus diffusen Ängsten, Ressentiments und oftmals durch mit übermäßigem Alkoholkonsum entstandene Überlegenheitsgefühle. Zwei Entwicklungen sind in diesem Bereich offensichtlich: Zum einen werden in den östlichen Bundesländern überproportional häufig Straftaten aus rechtsextremen Motiven verübt, wofür sowohl die DDR-Vergangenheit als auch die mit der Transformation verbundenen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Veränderungen als ursächlich angesehen werden.<sup>20</sup> Zum Zweiten nahmen trotz zahlreicher Bemühungen von Seiten der Gesellschaft, der Sicherheitsbehörden, der Politik und unterschiedlicher Programme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ab den 1990er-Jahren kontinuierlich zu. Besorgniserregend ist vor allem der erneute Anstieg rechter Gewalttaten seit 2014/2015.

Abbildung 2: Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund (1991-2017)



Quelle: Eigene Zusammenstellung nach den Verfassungsschutzberichten des BMI.

Obschon eine gruppenspezifische Zuschreibung der Delikte zu Skinheads, Hooligans, Autonomen Nationalisten und Neonationalsozialisten wegen fehlender trennscharfer Kriterien und wegen Doppelmitgliedschaften zumeist scheitert, resultiert deren Anziehungskraft aus den breiten Erlebnisangeboten, die eng an diese Gruppen gebunden sind. Entsprechende Freizeitangebote reichen von Zeltlagern mit Lagerfeuerromantik, Wehrübungen und Militärspielen über Singrunden bis zu Kameradschaftsabenden und Konzertbesuchen. Angelehnt an die germanisch-heidnische Mythologie umfasst das gemeinschaftserzeugende Portfolio darüber hinaus esoterische Angebote aller Art. Um vermehrt ein jungedliches Publikum jenseits des in die Jahre gekommenen Miefs der NS-Ästhetik anzusprechen, schuf der heutige Rechtsextremismus eine jungedliche Er-

lebnisswelt, die neben politischen Inhalten und Feindbildern immer auf ein unkonventionelles und erlebnisorientiertes „Wir-Gefühl“ zielt. Dabei wird bewusst im strafrechtlichen Graubereich operiert, werden rassistische Parolen verniedlicht und diffuse Ängste geschürt, um so die Kontaktaufnahme mit jungen Menschen zu erleichtern. Nach außen sichtbare Zugehörigkeiten zur Gruppe erfolgen über Kleidung (etwa die Marke „Thor Steinar“), Musik sowie (teilweise verfassungsfeindliche) Symbole.<sup>21</sup>

## 5. Exkurs: Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU)

Mit dem sogenannten NSU („Nationalsozialistischer Untergrund“) begegnete Staat und Gesellschaft in Deutschland ein Phänomen, das so für nicht möglich gehalten wurde: Über Jahre hinweg mörderisch agierend, ohne programmatische Außenbekennung, aus rechtsextremem Milieu stammend, fungiert er als Zelle von großer Autonomie, finanziell durch Banküberfälle abgesichert und von höchster eliminatorischer Konsequenz gegen Menschen, die nicht dem eigenen identitären Kosmos zugerechnet wurden.<sup>22</sup> Der mit der Aufdeckung dieser Gruppe im November 2011 verbundene „Kulturschock“ ist noch keineswegs verarbeitet, die Aufarbeitung steht trotz der Urteile im NSU-Prozess erst am Anfang.

Wie Fabian Virchow nach Auswertung der Berichte mehrerer Untersuchungsausschüsse – des Bundestages sowie der Landtage in Sachsen, Thüringen und Bayern – herausarbeitet, waren die Mitglieder des NSU in Strukturen der vom Bundesinnenminister 2000 verbotenen Gruppe „Blood & Honour“ eingebettet.<sup>23</sup> Als gesichert gilt, dass Uwe Mundlos als „intellektueller“ Wortführer der Gruppe auftrat und dass Vorstrafenregister bei Uwe Böhnhardt schon in jungen Jahren eine gewisse Gewaltaffinität nahelegt. Frühzeitig sympathisierten beide mit rechtsextremistischem Gedankengut, hörten einschlägiges Liedgut, kleideten sich entsprechend und beteiligten sich an Aufmärschen, ohne jedoch als radikalisierte Rädelsführer der braunen Masse auffällig zu werden. Die Biographien des NSU zeigen typische Aspekte rechtsextremistischer Sozialisation.

Obschon es für eine abschließende Beurteilung des NSU noch zu früh ist, lässt sich folgendes vorläufiges Fazit ziehen: Während frühere rechtsterroristische Phänomene in der Bundesrepublik wahlweise eine antikommunistische, antiamerikanische oder antisemitische Stoßrichtung hatten, richtete sich die Gewalt des NSU ausschließlich gegen Menschen mit Migrationshintergrund. Nicht einzelne Individuen, sondern Menschen mit Migrationshintergrund standen bei der „Auswahl“ der Opfer im Vordergrund. Waren in der Vergangenheit Gebäude wie Synagogen, Einrichtungen der US-Armee oder etwa Ausstellungen über die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg vorrangige Anschlagziele, mordete der NSU gezielt, was ebenfalls eine neue Qualität hinsichtlich der Gewaltintensität darstellt. Anders formuliert: Waren früher Opfer zwar einkalkuliert, aber nicht beabsichtigt, wurde die Tötung nunmehr zum handlungsleitenden Motiv.

Da Orte bewusst ausgewählt und Fluchtrouten minutiös geplant waren, erfolgten die Gewalttaten vorsätzlich. Bekenner schreiben oder sonstige Rechtfertigungsversuche gleich welcher Art, welche die Taten „erklären“ und zur Nachahmung motivieren sollten, fehlten vollständig. Im Unterschied zur „Rote Armee Fraktion“ (RAF), die lange Traktate über ihre Absichten, Ziele und Forderungen veröffentlichte, kam der „Nationalsozialistische Untergrund“ scheinbar ohne proklamierte ideologische Zielvorstellungen aus – auch wenn das verquere Weltbild des Trios evident ist. Vor allem die Länge des Zeitraumes, in dem der NSU in der Illegalität agieren und seine Mordserie

planen und ausüben konnte, ist eine Besonderheit gegenüber anderen rechtsterroristischen Gruppierungen, die in der Vergangenheit innerhalb kürzester Zeit aufgedeckt werden konnten. Und dennoch mehren sich in jüngster Zeit die Alarmsignale. Organisierte Ansätze wie die „Oldschool Society“ (OSS), die „Gruppe Freital“, die „Nauener Gruppe“ oder – die erst im Oktober 2018 entdeckte – Gruppe „Revolution Chemnitz“ belegen die anhaltende Gefahr rechtsterroristischer Gruppierungen.

## 6. Abschließende Beurteilung

In einer Gesamtschau sind rechtsextremistische Parteien gegenwärtig weder quantitativ noch qualitativ in der Lage, die freiheitliche demokratische Grundordnung ernsthaft zu gefährden und ihre menschenverachtenden Ziele zu verwirklichen. Sie besitzen in Deutschland – im Unterschied zu anderen europäischen Ländern – keine Massengrundbasis, wie das Bundesverfassungsgericht im letztlich gescheiterten NPD-Verbotsantrag 2017 beispielhaft ausführt: Demnach vertrete die Partei zwar ein „auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept [...]. Allerdings fehlt es (derzeit) an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt.“<sup>24</sup> Inhaltlich, finanziell wie personell ist der parteiförmige Rechtsextremismus in einer weitgehend aussichtslosen Lage. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich: Einerseits besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Gefährdungspotenziale derartiger Bewegungen und Organisationen. Insbesondere der nationalsozialistische Zivilisationsbruch wirkt bis in die Gegenwart und hat wohl den größten Anteil an der Schwäche des parteipolitischen Rechtsextremismus. Andererseits verhindert die Zersplitterung des Lagers ein kohärentes Auftreten, zumal es vielfach an eloquenten wie medientauglichen Führungspersönlichkeiten mangelt.

Aus heutiger Sicht scheint der parteiförmige Rechtsextremismus keine Zukunft zu haben. Anhaltende Erfolglosigkeit bei Wahlen und die miserable Bilanz der Parlamentsarbeit deuten darauf hin, dass der „Kampf um die Parlamente“ verloren geht. Interne Streitigkeiten sowie finanzielle Schwierigkeiten tragen ferner dazu bei. Zudem organisieren sich immer weniger Rechtsextreme in Parteien. Von dieser Verdrossenheit der eigenen Anhänger dürfte in Zukunft aber der nichtpartei förmige Rechtsextremismus profitieren. Seit Jahren ist ein Trend weg von festgefühten Organisationen hin zu informellen Formen der Zusammenarbeit und Koordinierung festzustellen. Vermehrt verlagert die rechtsextreme Szene ihre Aktivitäten in den – schwer zu kontrollierenden – zivilgesellschaftlichen Bereich. Ob Sport- oder Kinderfeste, Feuerwehren, Nachbarschaftshilfen oder privat organisierte Ordnungsdienste, ob Kampagnen gegen Kindermissbrauch, Solidaritätsaufrufe für Opfer bei Flutkatastrophen – dies alles dient dazu, die Akzeptanz für rechtsextreme Positionen zu erhöhen. So scheinen bestimmte Themen des Rechtsextremismus, die an Ressentiments und diffuse Ängste anknüpfen, in Teilen der Mehrheitsgesellschaft durchaus anschlussfähig zu sein.

## Anmerkungen

Dieser Beitrag ist eine gekürzte, aktualisierte und vollständig überarbeitete Version von: Thorsten Winkelmann/Hermann Ruch, *Rechtsextremismus in: Mannewitz, Tom; Ruch, Hermann; Thieme, Tom; Winkelmann, Thorsten: Was ist politischer Extremismus?*, Frankfurt am Main 2018, S. 47-80.

- 1 Zur Kontroverse um den Begriff siehe Peter Rieker, *Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf*, Weinheim 2009.
- 2 Achim, Bühl, *Rassismus. Anatomie eines Machtverhältnisses*, Bonn 2017;
- 3 Samuel Salzborn, *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*, Baden-Baden, 2018, S. 22ff.
- 4 Eva Groß/Andreas Zick/Daniela Krause, *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 16-17/2012, S. 11-18.
- 5 Wolfgang Benz, *Was ist Antisemitismus?*, Bonn 2008, S. 83ff.
- 6 Everhard Holtmann, *Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn 2018.
- 7 So Holger Hövelmann/Martin Krems, *Die Republik braucht keine Nazis. Ein Plädoyer für die wehrhafte Demokratie*, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, Wiesbaden 2009, S. 646-658, hier: S. 649.
- 8 Richard Stöss, *Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bonn 2000, S. 101-130.
- 9 Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), *Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland*, Bonn 2013; Peter Sitzer/Wilhelm Heitmeyer, *Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37/2007, S. 3-10.
- 10 Jürgen R. Winkler, *Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (2000), S. 38-68.
- 11 Hierzu im Einzelnen Armin Pfahl-Traugber, *Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (2000), S. 71-100.
- 12 Zur Organisationsentwicklung der NPD vgl. Lars Flemming, *Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“*, Baden-Baden 2005, S. 46-96.
- 13 Anstatt vieler Marc Brandstetter, *Die NPD unter Udo Voigt. Organisation. Ideologie. Strategie*, Baden-Baden 2013.
- 14 Seit Ende 2008 werden die Mitglieder der Partei „Republikaner“ von den Verfassungsschutzbehörden nicht mehr als rechtsextremistisch eingestuft. Dafür werden seit 2012 die Mitglieder der Partei „pro Deutschland“ und der Partei „Die Rechte“ erfasst.
- 15 Vgl. etwa Christian Menhorn, *Skinheads. Porträt einer Subkultur*, Baden-Baden 2001.
- 16 Lesenswert Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), *Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert*, Bonn 2013.
- 17 Angaben laut Verfassungsschutzbericht des BMI 2017.
- 18 So Verfassungsschutzbericht des BMI 2013, S. 87.
- 19 Uwe Backes, *NPD-Verbot: Pro und Contra*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Nr. 18-19/2012, S. 9-15, hier: S. 12.
- 20 Klaus Schroeder, *Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich*, Paderborn 2005.
- 21 Stefan Glaser/Christiane Schneider, *Zielgruppe Jugend: Rechtsextreme im Social Web*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Nr. 18-19/2012, S. 4046.
- 22 Sebastian Gräfe, *Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen“ und klandestinen Untergrundzellen*, Baden-Baden 2017
- 23 Fabian Virchow, *Der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) – eine historische und sozialwissenschaftliche Annäherung*, in: *politische bildung* Nr. 4/2013, S. 68-83.
- 24 Bundesverfassungsgericht: *Kein Verbot der NPD*, <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html>.